

# Congress Report



Entscheidungen und  
Entscheidungsprozesse der Legislative  
der Vereinigten Staaten von Amerika

**Jahrgang 19 (2004), Heft 4**

**abgeschlossen am  
26. April 2004**

	<u>Seite</u>
<b>1. Zweifel an Präsident Bushs Irak-Politik mehren sich</b>	<b>1</b>
<b>2. Sicherheitsberaterin Rice sagt vor Untersuchungskommission aus</b>	<b>3</b>
<b>3. Repräsentantenhaus verabschiedet Verkehrswege-Gesetz</b>	<b>4</b>
<b>4. Repräsentantenhaus verabschiedet Budget-Resolution 2005</b>	<b>6</b>
<b>5. Demokraten blockieren Begrenzung von Patienten-Entschädigungen</b>	<b>7</b>
<b>6. Novellierung der Sozialhilfe scheitert im Senat</b>	<b>8</b>
<b>7. Demokraten schlagen Reorganisation des Geheimdienstwesens vor</b>	<b>9</b>
<b>8. Präsidentschaftswahlen: Bushs Kampagne setzt auf Offensive</b>	<b>9</b>

0. Senat und Repräsentantenhaus haben ihre Arbeit nach einer ein- bzw. zweiwöchigen Osterpause am 19. April 2004 wieder aufgenommen.

### 1. Zweifel an Präsident Bushs Irak-Politik mehren sich

In den USA hat die Kritik an der Irak-Politik Präsident Bushs im April 2004 zugenommen, nachdem sich die Zahl der getöteten US-Soldaten gegenüber den Vormonaten deutlich erhöht hat. Waren im März 51 und im Februar 21 Soldaten bei Anschlägen im Irak ums Leben gekommen, so starben allein in der ersten Aprilhälfte 83 US-Soldaten im Irak.

Insgesamt sind damit bisher über 700 US-Soldaten im Irak gefallen. In der amerikanischen Öffentlichkeit hat besonders die Ermordung von vier US-Zivilisten in Fallujah Ende März 2004 für Empörung gesorgt, als Bilder der vom irakischen Mob geschändeten Leichen gefilmt und im US-Fernsehen gezeigt wurden.

Folgt man einer Umfrage des *Pew Research Center* vom 5. April 2004, dann ist die Zustimmung der breiten Öffentlichkeit zur Irak-Politik Präsident Bushs auf 40 Prozent gesunken (gegenüber 59 Prozent im Januar 2004). Allerdings vertritt im gleichen Atemzug eine Mehrheit der Befragten nach wie vor die Auffassung, dass die militärischen Anstrengungen der USA im Irak als „very well/fairly well“ einzuschätzen sind.

Präsident Bush hat trotz der wachsenden Unruhen im Irak in einer Pressekonferenz am 13. April 2004 nochmals unterstrichen, dass er seinen Kurs beibehalten und dem Land zum 30. Juni 2004 seine Souveränität mit dem Ziel der Wahl einer Nationalversammlung im Januar 2005 zurückgeben will.

Demokraten wie Senator Edward M. Kennedy (Mass.) halten diese Strategie angesichts der wachsenden Unruhen im Irak für gescheitert und werfen dem Präsidenten ohne große Umschweife eine „Glaubwürdigkeitslücke“ vor. Mehr noch: Kennedy bezeichnete den Irak-Krieg jüngst in einer Rede vor der *Brookings Institution* als „George Bushs Vietnam“ und verglich George W. Bush mit Richard Nixon, der sein Amt 1974 im Zuge der Watergate-Affäre aufgeben musste. Bush habe „das Band des Vertrauens mit dem amerikanischen Volk“ zerstört.

Neben *Senate Majority Leader* Bill Frist (R-Tenn.), der Kennedy aufrief sich daran zu erinnern, „wer der Feind ist“, bezeichneten auch gemäßigte Republikaner wie Senator John McCain (Arz.) Kennedys Vietnam-Analogie als vollkommen verfehlt. Allerdings können diese Solidaritätsbekundungen nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch unter den Republikanern im Senat die Zweifel an der Irak-Strategie des Präsidenten in den vergangenen Wochen spürbar zugenommen haben.

So schlug Ben Nighthorse Campbell (R-Colo.) im Angesicht der wachsenden Gewaltbereitschaft von Sunniten *und* Schiiten im Irak vor, die Zahl der US-amerikanischen

Streitkräfte von derzeit 134.000 entweder deutlich zu erhöhen oder sich aus dem Land zurückzuziehen, da eine Befriedung des Irak offensichtlich bisher nicht gelungen ist.

Unterstützung erhielt er dabei von Susan Collins (R-Maine), die im Angesicht der Kämpfe von US-Truppen mit Sunniten, Schiiten und Kurden im Irak davon sprach, dass „ein Bürgerkrieg eine reale Möglichkeit“ darstellt. Die republikanische Senatorin forderte die Administration dazu auf, über die Entsendung von mehr US-Soldaten in den Irak nachzudenken und die Übergabe der Regierungsgeschäfte an eine provisorische irakische Regierung zu verschieben.

Ähnlich äußerte sich auch der gemäßigte republikanische Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Senat, Richard Lugar (Ind.), der Anfang April Zweifel am offiziell geplanten Ende der US-Besatzung zum 30. Juni 2004 äußerte, auch wenn er seine Einlassungen wenige Tage später wieder relativierte. Lugar hat nach der Osterpause dreitägige öffentliche Anhörungen zur Irak-Politik der Bush-Administration durchgeführt, die er bezeichnenderweise unter den Titel: „Iraq Transition: Civil War or Civil Society?“ stellte.

Ebenfalls im Senat hat John W. Warner (R-Va.), der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses, Anhörungen unter dem Titel: „Iraq’s Transition to Sovereignty“ durchgeführt, die der stellvertretende Verteidigungsminister Paul D. Wolfowitz dazu nutzte zu unterstreichen, dass die derzeit vom Congress bereitgestellten Mittel in Höhe von 87 Mrd. USD ausreichen, um die Besatzungskosten im Irak bis zum Jahresende zu decken. Dagegen gab der Vorsitzende der *Joint Chiefs of Staff*, General Richard B. Myers, zu erkennen, dass es im Rahmen der Truppenstationierung im Irak „zusätzliche Kosten gibt, für die Finanzierungsquellen gefunden werden müssen.“

Der Demokrat Chet Edwards (Texas) erklärte in diesem Zusammenhang Ende April 2004 nach einem Truppenbesuch im Irak, dass ranghohe US-Offiziere ihm gegenüber erklärt hätten, dass es im Sommer „ernsthafte Probleme“ geben werde, wenn der Congress bis zu diesem Zeitpunkt nicht zusätzliche Mittel für die im Irak stationierten US-Truppen bewilligen würde. In eine ähnliche Richtung äußerte sich Senator Joseph Biden (D-Del.), der führende Demokrat im Auswärtigen Ausschuss, der Präsident Bush vorwarf, keine klaren Aussagen zu den weiteren Kosten der US-Besatzung des Irak zu machen. Biden zu Folge kostet die Stationierung US-amerikanischer Truppen in Afghanistan und im Irak den Steuerzahler derzeit 4,6 Mrd. USD pro Monat.

Auch Chuck Hagel (Neb.), Bidens republikanischer Amtskollege im *Senate Foreign Relations Committee*, forderte die Administration auf „ehrlich mit dem Congress und ehrlich mit dem amerikanischen Volk zu sein.“ Hagels Einschätzung zu Folge sind 50 bis 75 Mrd. USD an zusätzlichen Mitteln erforderlich, um das amerikanische militärische Engagement in Afghanistan und im Irak fortzusetzen. Der republikanische Senator äußerte in diesem Zusammenhang noch einen anderen Gedanken, nämlich die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die 1973 in der Endphase des Vietnam-Krieges abgeschafft worden war.

Hagel wies im Rahmen eines NBC-Fernsehinterviews darauf hin, dass die USA sich in einem lang andauernden Krieg befinden, wofür sie „Verpflichtungen für die Zukunft eingegangen sind, die wir nicht erfüllen können.“ Der Senator unterstrich in diesem Zusammenhang, dass sich bereits 40 Prozent der Bodentruppen im Irak aus Einheiten der *National Guard* und anderer Reserveeinheiten zusammensetzten. Entsprechend müsse der Preis für die Verteidigung nationaler Interessen langfristig auf eine breitere Basis gestellt werden.

Noch pessimistischer äußerte sich Senator Bob Graham (D-Fla.), der Bush vorwarf, mit seiner Demokratisierungsstrategie im Irak versagt zu haben. „Die Briten“, so der Demokrat, „versuchten über 30 Jahre eine Demokratie im Irak zu schaffen und gaben diese Idee in den 1950er Jahren auf“. So gesehen sei die Vorstellung, dass man innerhalb von ein paar Monaten eine „Jeffersonian democracy“ dort schaffen könne, einfach nur „ungeheuerlich naiv“.

Die Bush-Administration hingegen hält an ihrer Irak-Politik allen Verlusten zum Trotz fest, weil „ein freier Irak die Welt friedlicher macht“ und „Amerika mehr Sicherheit gibt“, wie es der Präsident jüngst noch einmal in einer Rede vor dem *Piedmont Community College* in Charlotte, North Carolina, für sich und seine Regierung ausdrückte.

## 2. Sicherheitsberaterin Rice sagt vor Untersuchungskommission aus

Nach monatelangem Widerstand hat Präsident Bush Ende März 2004 eine Kehrtwende vollzogen und seiner Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice erlaubt, vor der Untersuchungskommission zu den Terroranschlägen des 11. September auszusagen.

Die Entscheidung war dem Vernehmen nach auf Drängen von Präsidentenberater Karl Rove zustande gekommen. Der befürchtete, dass Bushs Glaubwürdigkeit in Sachen Terrorismusbekämpfung innenpolitisch Schaden nehmen könnte, wenn Bush weiter mit Verweis auf sein Executive Privilege auf einem Aussageverbot für Rice beharrte. Kurz zuvor hatte Richard Clarke seinem früheren Dienstherrn in einem frisch veröffentlichten Buch und in Anhörungen vor der Kommission vorgeworfen, die Bedrohung durch El Kaida nicht dringlich genug behandelt zu haben. (Vgl. CR 3/2004, S. 3)

Bush sah sich schlussendlich politisch gezwungen, einer öffentlichen Befragung von Sicherheitsberaterin Rice zuzustimmen, „um ein umfassendes Bild von den Monaten und Jahren zu bekommen, die den Morden an unseren Mitbürgern am 11. September 2001 vorausgegangen sind.“

Rice, die am 8. April 2004 unter Eid vor der *National Commission on the Terrorist Attacks upon the United States* aussagte, beharrte darauf, dass die Geheimdienstberichte im Vorfeld der Terrorangriffe zu vage waren, um diese verhindern zu können.

Allerdings musste sie einräumen, dass in einem *President's Daily Brief* (PDB) vom 6. August 2001 mit dem Titel: „Bin Laden Determined to Attack Inside the United States“ vor einem Terrorangriff von El Kaida auf US-amerikanischem Territorium gewarnt wurde. Rice zu Folge handelte es sich bei diesem PDB allerdings um „historische Informationen auf der Basis alter Berichte“, aus denen sich kein konkretes Bedrohungsszenario ableiten ließ.

Während einige demokratische Mitglieder der Kommission mit den Aussagen von Rice zur Bedrohungseinschätzung im Lichte der Aussagen von Richard Clarke, der sowohl während der Clinton- als auch der frühen Bush-Administration für die Koordination der Terrorismusbekämpfung in den USA zuständig war, scharf ins Gericht gingen, lobten die republikanischen Kommissionsmitglieder die Kooperationsbereitschaft der Sicherheitsberaterin.

Allerdings wurde erneut deutlich, dass die Administration durchaus über Informationen verfügte, die eine Bedrohung durch mögliche Anschläge El Kaidas in den Vereinigten Staaten - und das seit 1998 - als möglich erscheinen ließen. Anscheinend gab es dem PDB vom 6. August 2001 zu Folge über 70 FBI-Untersuchungen zu möglichen Aktivitäten von Terrorzellen auf amerikanischem Boden, woran sich Sicherheitsberaterin Rice auf Nachfragen von Kommissionsmitglied Richard Ben-Veniste allerdings „nicht wirklich erinnern“ konnte.

Kritiker wie *House Majority Leader* Tom DeLay warfen der Kommission nach der Befragung von Condoleezza Rice unverblümt „parteiliches Schlammwerfen“ vor, was Thomas Kean, der Vorsitzende der Kommission und frühere republikanische Senator von New Jersey, allerdings scharf zurückwies.

Präsident Bush hat noch ein weiteres Zugeständnis gemacht und angekündigt, dass er sich in nicht öffentlicher Sitzung am 29. April 2004 selbst *von der National Commission* befragen lassen will. Allerdings soll dabei sein Vizepräsident Dick Cheney anwesend sein, um an Bush gerichtete Fragen gegebenenfalls beantworten zu können. Der Ausschussvorsitzende Kean erklärte sich dem Vernehmen nach zu diesem ungewöhnlichen Procedere bereit, weil amerikanische Präsidenten während ihrer aktiven Zeit Aussagen vor Untersuchungsausschüssen oder Ausschüssen des Congress sonst in der Regel ablehnten.

### **3. Repräsentantenhaus verabschiedet Verkehrswege-Gesetz**

Das Repräsentantenhaus hat am 2. April 2004 mit großer Mehrheit eine Vorlage zur Finanzierung von Straßenbau, Schienennetz, Verkehrsinfrastruktur und Sicherheit (*highway bill*) angenommen.

Für die Annahme der Gesetzesvorlage sprachen sich 357 Abgeordnete aus, darunter 194 Demokraten, 162 Republikaner sowie ein Unabhängiger; gegen die Vorlage stimmten 59 Republikanische und 6 Demokratische Abgeordnete.

Die Novelle des Verkehrswege-Gesetzes sieht Gesamtausgaben von 275 Mrd. USD für Bauvorhaben des Bundes und Fördermittel für die Einzelstaaten in den kommenden sechs Jahre vor.

Der Senat hat bereits im Februar, ebenfalls mit überwältigender Mehrheit, eine Vorlage verabschiedet, die Ausgaben in Höhe von 318 Mrd. USD vorsieht (vgl. CR 2/2004, S. 5).

Präsident Bush hat sich dagegen für ein Finanzierungsvolumen von maximal 256 Mrd. USD ausgesprochen und wiederholt angedroht, er werde gegen Vorlagen, die diese Obergrenze überschreiten, ein Veto einlegen. Er mahnte den Congress angesichts der steigenden Budgetdefizite des Bundes, die Haushaltsdisziplin zu wahren.

Kritiker vor allem aus den Reihen der Republikanischen Partei wenden gegen die Vorlagen des Senats wie des Repräsentantenhauses ein, dass sie eine große Zahl fragwürdiger, speziell für einzelne Wahlkreise oder Staaten ausgewiesene Projekte (earmarks) enthalten. Die Kosten für die fast 3.000 lokalen Projekte, die den Congress-Mitgliedern erlauben, persönliche Erfolge im Einsatz für ihre Wähler zu reklamieren (*pork barrel politics*) werden auf bis zu 15 Mrd. USD geschätzt.

Befürworter der Vorlagen weisen dagegen auf den enormen Nachholbedarf zur Instandhaltung, Modernisierung und Sicherung der US-Infrastruktur hin, die selbst mit den geplanten Mitteln kaum zu leisten sei. Die ursprüngliche Gesetzesvorlage des Vorsitzenden des *Transportation and Infrastructure Committee* des Repräsentantenhauses, Don Young (R-Alaska), hatte den Gesamtbedarf mit 375 Mrd. USD beziffert.

Es ist zu erwarten, dass in den anstehenden Verhandlungen des Vermittlungsausschusses von Repräsentantenhaus und Senat ein Ausgabenkompromiss gefunden wird, der zwischen den unterschiedlichen Vorgaben liegt.

Die Republikanische Führung des Repräsentantenhauses bemüht sich allerdings, den sich damit abzeichnenden Showdown zwischen Präsident und Congress um das wichtige Gesetzesvorhaben noch zu verhindern.

Obwohl in beiden Kammern augenscheinlich die für die Überstimmung eines Vetos des Präsidenten notwendigen 2/3-Mehrheiten gesichert sind, wollen die Republikaner den im Wahljahr peinlichen Konflikt mit der Administration möglichst vermeiden.

Das Auslaufen der bereits beschlossenen Verlängerungen des 1997 verabschiedeten Verkehrswege-Gesetzes Ende April setzt den Congress unter hohen Druck, schnell die Verabschiedung einer Kompromissvorlage zu bewerkstelligen, da anderenfalls die Einstellung zahlreicher Bauvorhaben von Bund, Ländern und Kommunen droht.

#### 4. Repräsentantenhaus verabschiedet Budget-Resolution 2005

Nach dem Senat (vgl. CR 3/2004, S. 1) hat am 25. März 2004 auch das Repräsentantenhaus mit 215:212 Stimmen seine Vorlage zur Budget-Resolution 2005 verabschiedet.

Diese sieht u.a. vor:

- Steuersenkungen in einem Umfang von 138 Mrd. USD während eines Zeitraumes von fünf Jahren;
- die Erhöhung des Rüstungshaushalts um 7 Prozent gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr;
- zusätzliche Mittel in Höhe von 50 Mrd. USD zur weiteren Deckung der Besatzungskosten in Afghanistan und im Irak.

Mit der Budget-Resolution stecken beide Kammern des Congress den groben Haushaltsrahmen für die Arbeit der *Appropriations Committees* und ihrer jeweils 13 Bewilligungsunterausschüsse ab.

Zwar ist die Budget-Resolution schlussendlich nicht bindend, macht jedoch wichtige steuer- und haushaltspolitische Makroaussagen zur Haushaltsbewilligung durch den Congress.

Im Gegensatz zur Budget-Resolution 2005 des Senats sieht die Vorlage des Repräsentantenhauses nicht vor, dass zukünftige Steuersenkungen durch entsprechende Ausgabenkürzungen des Bundes kompensiert werden müssen, um die Staatsverschuldung nicht weiter auszuweiten. Ein entsprechender Vorschlag der Demokraten scheiterte mit 201:221 Stimmen am Widerstand der republikanischen Mehrheitsfraktion.

Während die Demokraten den Republikanern vorwarfen, „die Nation weiter in die Staatsverschuldung zu tauchen“, taten diese sämtliche Vorwürfe als billige Wahlkampfretorik ab.

Nun müssen Repräsentantenhaus und Senat ihre Gesetzesvorlagen noch im Vermittlungsausschuss synchronisieren.



## 5. Demokraten blockieren Begrenzung von Patienten-Entschädigungen

Die Demokraten im Senat haben Anfang April 2004 erneut die Beratung einer von Präsident Bush unterstützten Gesetzesvorlage zur Begrenzung von Schmerzens- und Strafzahlungszahlungen für Patienten bei medizinischen Behandlungsfehlern (*medical malpractice*) blockiert.

In einer Abstimmung am 7. April verfehlten die Republikaner mit 49 gegen 48 Stimmen die zur Beendigung der Debatte notwendige Mehrheit von 60 Stimmen (*Cloture*) deutlich.

Damit scheiterte der dritte Anlauf, den von der Demokratischen Senatsfraktion durch Fortsetzung der Plenumsdebatte (*Filibuster*) blockierten Gesetzentwurf zur Abstimmung zu bringen (vgl. CR 7-8/2004, S. 6).

Die Vorlage sieht vor, gerichtlich festgesetzte Schmerzensgeldzahlungen auf 250.000 USD und Strafgelder auf 250.000 USD oder auf die Summe der medizinischen und wirtschaftlichen Kosten, falls diese höher liegt, zu begrenzen.

Die Befürworter des Gesetzes um Präsident Bush und *Senate Majority Leader* Bill Frist (R-Tenn.), früher selbst als Chirurg tätig, betonen, die Kappung der Entschädigungen sei notwendig, um die enormen Kostensteigerungen für Haftpflichtversicherungen für medizinisches Personal in den letzten Jahren einzudämmen.

Die Republikanischen Fraktionen im Congress werden von Organisationen wie der *American Medical Association* (AMA), dem größten Ärzteverband der USA, und der *American Insurers Association* (AIA) unterstützt.

Die meistenteils Demokratischen Kritiker wenden dagegen ein, die vorgeschlagenen Obergrenzen seien zu eng bemessen und schützten nicht die Interessen der Patienten. Ursache der steigenden Versicherungsprämien seien zudem weniger die Ausgabensteigerungen als vielmehr die Anlageverluste der Versicherungen in Folge des Endes des Börsenbooms der 1990er Jahre.

Ein wichtiger Allianzpartner der Demokraten ist die *Association of Trial Lawyers of America*, ein Anwaltsverband, der traditionell gegen die Begrenzung von Entschädigungsleistungen (und damit auch Anwaltshonoraren) eintritt.

Die Aussichten einer Verabschiedung der Gesetzesvorlage im laufenden Congress sind nur noch gering. Dennoch wollen die Republikaner weiter auf eine Abstimmung drängen.

Sie hoffen damit im Wahljahr die Demokraten als Obstruktionisten vorführen zu können, die für die wachsenden Probleme der Gesundheitsversorgung verantwortlich zu machen sind.

## 6. Novellierung der Sozialhilfe scheitert im Senat

Die Novellierung des 1996 verabschiedeten Gesetzes zur Reform des Familiensozialhilfeprogramms TANF (Temporary Assistance to Needy Families) ist Anfang April 2004 im Senat am Widerstand der Demokratischen Fraktion gescheitert.

In der parteipolitisch scharf polarisierten Abstimmung zur Beendigung der Debatte wandten sich die 51 Republikanischen Senatoren geschlossen gegen das Demokratische *Filibuster*. Die ebenfalls geschlossene Opposition von 47 Demokraten sicherte bei zwei Enthaltungen jedoch die Fortsetzung der Debatte, die nur mit der qualifizierten Mehrheit von 60 Stimmen beendet werden kann.

Republikanische Senatoren begegneten der Demokratischen Blockade der Novelle des Sozialhilfegesetzes – unter Verweis auf den kurz zuvor erzielten zwischenparteilichen Kompromiss zur deutlichen Aufstockung der Fördermittel für die Kinderbetreuung – mit heftiger Kritik.

Gegen die Vorgaben von Präsident Bush sowie des Repräsentantenhauses hatte der Senat eine Erhöhung der Mittel zur Kinderbetreuung von 13,5 Mrd. USD auf 20 Mrd. USD mit den Stimmen von 31 Republikanern, 46 Demokraten sowie des parteiunabhängigen Senators Jim Jeffords (I-Vt.) angenommen.

Dagegen hielten die Demokraten an ihrer Blockade des Gesetzes fest und forderten die Mehrheit dazu auf, Abstimmungen über Demokratische Gesetzeszusätze wie die Erhöhung des Mindestlohns von 5,15 USD auf 7 USD pro Stunde und eine Verlängerung der Bezugsdauer für Arbeitslosenhilfe zuzulassen.

Das Repräsentantenhaus hat bereits im Februar 2003 eine Neufassung des Sozialhilfegesetzes von 1996 verabschiedet (vgl. CR 2/2003, S. 5). Die Novelle sieht auf Vorschlag Präsident Bushs unter anderem vor, dass

- Ehen und Eheschließungen von Sozialhilfeempfängern finanziell gefördert und
- die Arbeitsanforderungen für Leistungsbezieher deutlich verschärft werden sollen.

Die Bundesfördermittel für die Sozialhilfe-Programme der Einzelstaaten sollen dagegen ungeachtet des Rückgangs der Zahl der Leistungsbezieher um 60 Prozent unverändert 16,5 Mrd. USD pro Jahr betragen.

Aufgrund der hohen Bedeutung von Mindestlohn und Arbeitslosenversicherung für die Demokraten ist eine Verabschiedung des Gesetzes noch im laufenden Wahljahr wenig wahrscheinlich.

## 7. Demokraten schlagen Reform des Geheimdienstwesens vor

Im Repräsentantenhaus haben die Demokratischen Mitglieder des *Permanent Select Committee on Intelligence* Anfang April 2004 die Schaffung der Position eines *Director of National Intelligence* (DNI) vorgeschlagen.

Dem DNI soll sowohl die haushaltstechnische, als auch operative Kontrolle über die *Central Intelligence Agency* (CIA) und 15 weitere Nachrichtendienste übertragen werden, die derzeit größtenteils unter dem Dach des Verteidigungsministeriums und der ihm unterstehenden Teilstreitkräfte angesiedelt sind.

Ziel der angestrebten Reform ist eine effektivere Koordination der Arbeit der unterschiedlichen Nachrichtendienste, wofür die USA derzeit jährlich geschätzte 40 Mrd. USD ausgeben.

Der DNI soll an die Stelle des *Director of Central Intelligence* (DCI) treten, der gegenwärtig zwar die CIA führt, mit Blick auf die Vielzahl der nachrichtendienstlichen Aktivitäten des Verteidigungsministeriums allerdings nur eine beratende Funktion ausübt. Die Folge sind oftmals konkurrierende und nicht aufeinander abgestimmte Operationen unterschiedlicher Dienste, die „mit unterschiedlichen Regeln, Kulturen und Datenbasen operieren“, wie Jane Harman (D-Cal.), eine der Reformbefürworterinnen, es formulierte.

Durch Schaffung der Position eines DNI soll der nachrichtendienstliche Aufklärungsprozess zentralisiert und optimiert werden, um den Bedrohungen durch international operierende Terrornetzwerke besser und schneller begegnen zu können. „Die Nachrichtendienste“, so Alcee L. Hastings (D-Fla.), leiden an zu viel „Konkurrenz, nicht genügender Koordination und nicht genügender Zusammenarbeit.“

## 8. Präsidentschaftswahlen: Bushs Kampagne setzt auf Offensive

Nach der faktischen Entscheidung in den Demokratischen Vorwahlen zugunsten von Senator John F. Kerry (vgl. CR 3/2004, S. 8) hat der Präsidentschaftswahlkampf zwischen Präsident Bush und seinem designierten Herausforderer im März/April 2004 deutlich an Dynamik gewonnen.

Vor allem George Bushs Wahlkampfteam versucht das Erfolgsrezept Bill Clintons von 1996 zu kopieren und mit einer frühen, breit angelegten Medienkampagne die Wahlen noch vor der Hauptwahlkampfsaison im Sommer zu entscheiden.

Die Basis für das langfristige Wahlkampfkonzept bilden Bushs Erfolge in der Einwerbung von Spendengeldern, die mit jedem Monat neue Rekordmarken setzen. Bushs Team nahm im ersten Quartal knapp 53 Mio. USD an Spenden ein und erhöhte damit das Gesamtvolumen auf fast 185 Mio. USD.

Von den bisherigen Wahlkampf Ausgaben von nahezu 100 Mio. USD wurden etwa die Hälfte in eine dreimonatige Medienkampagne investiert, deren Hauptziel es ist, John Kerrys Image in der Öffentlichkeit aus Republikanischer Perspektive zu definieren, noch bevor dieser selbst mit seinen Themen und Positionen durchdringen kann.

Flankiert wird die Anzeigenkampagne durch gezielte Redeauftritte von Bush und Vizepräsident Dick Cheney. Dabei ist es primär Cheneys Rolle, die negativen Aspekte herauszustreichen, während Bush zumeist die positive Selbstdarstellung der Administration übernimmt.

Der Wahlkampf beider Parteien konzentriert sich allerdings vornehmlich auf ungefähr 18 Bundesstaaten, die als kompetitiv eingeschätzt werden. Die Mehrzahl dieser Staaten liegen wie Missouri, Michigan und Ohio im Mittleren Westen oder wie Arkansas, Florida und Tennessee im Randgürtel der historischen Südstaaten (*Rim South*).

Zusätzlich gelten eine Reihe von Staaten im Westen von Washington bis New Mexico und an der Ostküste von New Hampshire bis Pennsylvania als für beide Seiten gewinnbar.

Kerrys Wahlkampf hat nach der großen Kraftanstrengung in den Demokratischen Vorwahlen Erschöpfungssymptome gezeigt und ist zumindest vorübergehend gegenüber dem Bushs ins Hintertreffen geraten. Doch der Vorwahlsieg hat Kerry neues Unterstützungspotenzial erschlossen.

Allein im März 2004 konnte Kerry Wahlkampfspenden in Höhe von 44 Mio. USD einwerben und hält mit einem Spendenaufkommen von über 57 Mio. USD in den ersten drei Monaten 2004 den Rekord für das einnahmenstärkste Quartal, wenngleich seine Gesamtbilanz mit 85 Mio. USD seit Anfang 2003 noch deutlich unter der von Bush gesetzten Höchstmarke liegt.

Während parteiinterne Kritiker Kerry vorhalten, er habe insbesondere mit einem persönlichen Kurzurlaub wertvolle Zeit ungenutzt verstreichen lassen, kann seine Kampagne nun wieder Tritt fassen.

Kerrys im Vergleich klein dimensionierte Anzeigenkampagne, die im März nur ca. 15 Mio. USD aufwendete, wird teilweise durch die Aktivitäten unabhängiger Demokratischer Organisationen wie *MoveOn.Org*, *Media Fund* oder *America Coming Together* kompensiert, die im März/April etwa 28 Mio. USD für Bush-kritische Anzeigen ausgaben.

Dennoch ist es Bush nach dem Ende der heißen Phase des Demokratischen Vorwahlkampfes augenscheinlich gelungen, wieder einiges von dem politischen Terrain zurück zu gewinnen, das er unter dem Eindruck der konzertierten Kritik seiner potentiellen Gegenkandidaten bis Anfang März verloren hatte.

Die meisten nationalen Meinungsumfragen weisen Mitte April einen leichten Vorsprung für Bush aus, nachdem er noch im Vormonat hinter Kerry oder bestenfalls gleichauf mit seinem Kontrahenten gelegen hatte.

Während die Irakpolitik der Administration auch von der Öffentlichkeit zusehends kritischer betrachtet wird (vgl. Punkt 1), ist es Kerry bisher nicht gelungen, seine vermeintlichen außen- und sicherheitspolitischen Stärken zur Geltung zu bringen.

Demgegenüber hat Bushs Strategie, als *War President* anzutreten und seinen Gegenkandidaten als Risikofaktor darzustellen, zumindest in der Frühphase des Wahlkampfes die erhoffte Stabilisierung erreicht.

Redaktion: Söhnke Schreyer, Jürgen Wilzewski